

DER AUFBAU

SCHWEIZERISCHE WOCHENZEITUNG FÜR RECHT, FREIHEIT UND FRIEDEN

HERAUSGEBER: VEREIN DER FREUNDE DES „AUFBAU“

Redaktion: Max Gerber, Frankentalerweg 101, Zürich 10, Tel. 56 78 85 (in Verbindg. mit Paul Trautvetter)
Administration und Expedition: Postfach 130, Zürich 36, Tel. 33 28 30 · Postscheck VIII 7306
Druck: Genossenschaftsdruckerei Zürich

Abonnementspreis: Jährlich Fr. 12.-, halbjährlich Fr. 6.-, vierteljährlich Fr. 3.- · Ausland: Fr. 14.60
inklusive Porto · Einzelnummer 25 Rp.

Insertionspreis: $\frac{1}{8}$ Seite Fr. 18.-, $\frac{1}{16}$ Seite Fr. 9.-.
Bei Wiederholung Rabatt · Anfragen u. Aufträge
an die Administration · Telefon 33 28 30

ZÜRICH, 17. JUNI 1949

Erscheint jeden Freitag

30. Jahrgang Nr. 24

STREIFLICHTER

Diese Woche haben in Triest die Wahlen stattgefunden. Sie haben ziemlich deutlich gezeigt, daß die Mehrheit der Einwohner will, daß die Stadt eine italienische Stadt bleibe, wie sie es seit alters her gewesen ist, auch unter der österreichischen Herrschaft. Die Stimmenzahl, welche diejenigen Kreise erreichten, die einen Anschluß an Jugoslawien möchten, ist kläglich. Auch der Stimmen derjenigen, die gerne möchten, daß Triest unter internationaler Verwaltung bleiben sollte, sind nicht viele. Nach diesem unzweideutigen Wahlergebnis wird sich auf die Länge die Wiedervereinigung mit Italien nicht aufhalten lassen.

Der Zwiespalt zwischen den Satellitenstaaten Rußlands und Jugoslawien wird sozusagen jede Woche schärfer ausgeprägt. Die diplomatischen Protestnoten laufen zwischen Budapest und Belgrad hin und her, und in Albanien sind bereits Politiker wegen Zusammenarbeit mit Tito zum Tode verurteilt worden.

Der Ostblock hat mächtige Risse und ist ein Reich, das in sich uneins ist. Vielleicht mehr als es von außen scheint.

Die Konferenz der Außenminister in Paris dauert nun schon vier Wochen, ohne daß auch nur die geringste Einigung erzielt worden wäre. Gegenüber früheren solchen Konferenzen ist immerhin ein bescheidener Fortschritt insofern da, als allerlei russische Blufftaktik auch nicht vorübergehenden Erfolg erzielt, sondern von den Vertretern der andern Mächte kaltblütig zurückgewiesen wird. So zum Beispiel der plötzliche Vorschlag Wyschinskis, gleich an einen Friedensvertrag mit Deutschland zu gehen, nachdem noch nicht einmal ein deutscher Staat besteht.

Es ist zu hoffen, daß sich die Alliierten nicht allzu lange durch solche Konferenzen aufhalten lassen. Die Zeitschrift «Geist und Tat» bemerkt zu diesen Verhandlungen mit Recht:

«Die Antwort der drei anderen Außenminister, die Bevin in ihrem Namen abgab, zeigt klar und

Inhalt: Gerber: Streiflichter. — Karl Barth/Paul Trautvetter: Rechtfertigungsversuche. — J. Tschanner: Zum Strafurteil gegen Duttweiler. — O. Hürlimann: Zur deutschen Frage (II.). — SZF: «Geistige Kriegsführung».

deutlich, daß die Westmächte solch eine Möglichkeit nicht einmal für eine Diskussionsgrundlage halten. In der Tat kann man schlecht begreifen, wie die Russen darauf verfallen konnten, zu erwarten, sich mit solchen Vorschlägen durchzusetzen. Aber man sieht ihre ganze Dreistigkeit darin, daß Wyschinski in Paris die Ostzone als ein Paradies hinzustellen riskiert, während die Westzonen nach seiner Darstellung angeblich ihren Bewohnern nur ein unerträgliches Dasein anzubieten haben. Wenn man bedenkt, daß in der Ostzone nicht nur die rein physischen Bedingungen erbärmlich sind, sondern daß vor allem mit stärkstem polizeilichem Druck und Konzentrationslagern gearbeitet wird, um die Bevölkerung nur einigermaßen ruhig zu halten, dann muß man wirklich überlegen, ob es einen Sinn hat, mit einem Mann zu verhandeln, der Leuten, die wissen, daß das genaue Gegenteil von dem richtig ist, was er sagt, solche Unverfrorenheiten anzubieten wagt.»

In Berlin haben die Eisenbahner mit gewaltigem Mehr beschlossen, den Streik weiterzuführen. Es charakterisiert diese Haltung auch die Stimmung der Arbeiterkreise gegen die russische Bedrückung.

Der Oekumenische Pressedienst berichtet über die Fortschritte des Kommunismus in Indien und Ceylon:

«Dr. Sherwood Eddy, der bekannte amerikanische Evangelist, schrieb im Aprilheft der Zeitschrift 'The Guardian' (Madras) über 'Religion und Politik in Indien'. Aus diesem aufschlußreichen Bericht entnehmen wir folgendes:

„Ganz Asien ist im Aufbruch. Beinahe überall, sagt Dr. Eddy, von Indien bis Indonesien und von China bis Ceylon — außer in den Gebieten, wo Gandhi und Nehru die revolutionäre Richtung wiesen — wird die revolutionäre Bewegung von den Kommunisten nach einem von Moskau angegebenen Musterbeispiel geführt.

Beinahe in jeder Hochschule Indiens, die wir besuchten, stießen wir auf den Kommunismus, der es den Studenten angetan hat. In der amerikani-

schen Missionsschule von Madura, Südindien, hatten die kommunistischen Studentenfürher verlangt, daß alle «Auswahlprüfungen» abgeschafft werden sollten. Sie schlossen gewaltsam die Hörsäle und drohten, den Studenten, die sich nicht am Streik beteiligen würden, alle Knochen zu brechen und sie mit Messern anzugreifen... Das Haus eines amerikanischen Missionars wurde mit Steinen beworfen...

In dem abgelegenen indischen Staat Travancore haben die Kommunisten in einer von mir besuchten christlichen Lehranstalt einen ähnlichen Streik ausgelöst. Der kommunistische Studentenfürher, der 'untertauchen' mußte und polizeilich gesucht wird, schrieb folgenden typischen Brief an die streikenden Komilitonen: 'Besetzt die Universität und legt den Lehrbetrieb lahm - stört jedes normale Arbeiten. Keine Milde gegenüber dem 'Religionsschwindel' an der Universität und den Machthabern eines Sklavenstaates. Laßt Euch nicht durch die Gesetze, die Moral und die Grundsätze der heutigen Gesellschaftsordnung davon abschrecken.'

Das Ueberraschende dabei ist, daß der Verfasser noch bis vor kurzem als Christ bekannt war. Er war überzeugt, daß die zuerst vom Propheten Amos vor über zweieinhalb Jahrtausenden aufgestellte Forderung nach wirtschaftlicher Gerechtigkeit eine wesentliche Forderung war, daß die Christen jedoch völlig blind dieser Forderung gegenüber sind, ja, sie nicht einmal erheben. Er stellte fest, daß dies noch mehr auf die Hindus und andere religiöse Sekten zutrifft, und daß selbst die Sozialisten die Forderung nach der Gerechtigkeit nur unwirksam vertreten und diese mächtige Waffe fast ausschließlich den Kommunisten überließe. Deshalb trat er der Kommunistischen Partei bei, und als ihm in seinem Aufnahmegesuch die Frage gestellt wurde, warum er Kommunist wurde, antwortete er: 'Weil ich ein Christ bin.' Viele Studenten folgten seinem Beispiel und wurden nach und nach bigotte Gottesleugner und gewalttätige Kommunisten, die alle Grundsätze der Moral umgestoßen haben. Da sie jedoch nicht zwei Herren zugleich dienen konnten, sagten sie sich los von der moralischen Ordnung und der Lehre Christi und folgten rückhaltlos dem Gebot Lenins: 'Wir müssen stets bereit sein, zu Täuschung, List, Uebertretung des Gesetzes, Zurückhaltung der Wahrheit.'

'Während diese mächtige Waffe - die Forderung nach wirtschaftlicher Gerechtigkeit - den Kommunisten überlassen bleibt, ist es mir aufgefallen, daß in dem Sturm der Revolution, der über ganz Asien hinwegbraust, die Christen Indiens, Ceylons, Japans, Koreas und Chinas zum größten Teil - wie es auch die Christen in Amerika tun - wohlgefällig dasitzen, taub, blind und stumm gegenüber dem Verlangen nach Gerechtigkeit. Ich glaube, das Gebot der Stunde fordert uns auf, im eigenen Hause Ordnung zu schaffen und allen Menschen die geforderte Gerechtigkeit zuteil werden zu lassen...'

Aus den Verhandlungen des Nationalrates ist besonders bemerkenswert eine Debatte über eine Interpellation Schmid, die den Bundesrat anfragte, welche Stellung er zum Jesuitenartikel der Bundesverfassung einnehme. Schon in der vorhergehenden Session war die Interpellation von Bundesrat von Steiger beantwortet worden, und diesmal folgte die Diskussion.

Wenn auch der Jesuitenartikel bald einmal abgeschafft werden sollte, so mußte man sich doch wehren dagegen, daß die Korrektur durch eine jesuitische Auslegung eines klaren geltenden Artikels der Bundesverfassung erfolge, wie es offenbar eine ganze Reihe von katholisch-konservativen Nationalräte gerne möchten. Mit Recht wurde darauf hingewiesen, daß diese nicht einfach als die Sprecher des ganzen katholischen Volkes anzusehen seien. Es gibt auch Katholiken, die von den Jesuiten gar nicht erbar sind.

Eine andere, nicht unwichtige Frage, warf der Unabhängige Jaeckle auf, indem er forderte, daß mir dem Unfug abgefahren werde, auf den Nationalratswahlzetteln gedruckte kumulierte Namen aufzuführen. Der vernünftige Antrag wäre wahrscheinlich ernsthaft diskutiert worden, wenn er nicht eben von einem Unabhängigen gestellt worden wäre. Und dies charakterisiert eben den Rat. GERBER

Rechtfertigungsversuche

Im «Kirchenblatt für die reformierte Schweiz» äußert sich Professor Karl Barth zu einem Passus in unserem Artikel vom 6. Mai, in dem wir seine Stellungnahme zum Ost-West-Problem kritisch beleuchtet hatten. Wir geben im folgenden seine Ausführungen wieder und schließen unsere Antwort an.

Wegen «Ost-West» sind mir nun in der Öffentlichkeit des lieben Vaterlandes von vielen Seiten schon reichlich viel unerfreuliche Sachen gesagt worden. Nun, ich bin in meinem nun schon längeren Leben oft und lebhaft angegriffen worden, daß ich etwas aushalten kann, ohne durchaus antworten, die Entstellungen, die man mir angedeihen läßt, aufdröseln, die Vorwürfe, die man mir macht, an ihre Platz stellen zu müssen. Ich merke mir die Betreffenden (oder ich vergesse sie auch wieder) und lebe weiter. Vor mir liegt der «Aufbau» vom 6. Mai 1949. Auch zu diesem Erguß mag ich nichts sagen. «Wer böse ist, der sei fernerhin böse.» Aber es läuft darin etwas mit, was ich nun zum soundsovieltenmal höre, indem sich offenbar je der eine meiner Gönner als der Abschreiber des anderen betätigt. Es ist die Behauptung, ich hätte in meiner Schrift «Theologische Existenz heute!» im Juni 1933 in «ehrfurchtsvollen Wendungen» von Adolf Hitler gesprochen, Verbeugungen vor ihm gemacht, und so Ähnliches. Ich weiß, wie diese Behauptung schon 1933 in der Schweiz in Umlauf gesetzt hat. Aber sie wird durch ihre Herkunft und ihr Alter nicht wahrer. Sie beruht auf einem technischen Irrtum in der Lektüre und Interpretation dessen, was ich damals geschrieben habe. Diese kleine Blase, der ich nun lange genug zugesehen habe, möchte ich einmal aufstechen dürfen.

Die Stelle, um die es geht, steht in jener Schrift (S. 13-21) im Zusammenhang mit einer Erörterung der in der damaligen Deutschen Evangelischen Kirche in seltsamer Weise aktuell gewordenen Bischofsfrage. Die Sache spielte in jener Schrift eine untergeordnete Rolle. Ich redete aber dort, wie es sich gehört, als Gegner dieses «Bischofsgedankens».

Unter den Argumenten, die ich dagegen vorbrachte, lautete eines: Seine Vertreter seien offenbar in der Nachahmung des politischen Phänomens be-

griffen, das damals alle deutschen – und nicht nur deutschen – Gemüter bewegte. Ich beschrieb also die Genesis jenes «Bischofsgedankens» (S. 15) so: «Man hatte in der politischen Zeitbewegung vor sich die eindrucksvolle Gestalt eines Führers, der sich als solcher, d. h. durch die Fähigkeit, die politische Macht zu erobern und zu gebrauchen, faktisch als solcher erwiesen hat. Die Kirche muß auch einen solchen Führer haben, sagte man sich...» Ich erwog dann die verschiedenen Meinungen, die man bei diesem Begehren haben könne, zeigte, daß die auf Grund jener Nachahmung gewonnene Idee nur die eines kirchlichen Autokraten sein könnte und hielt ihren Vertretern vor, sie hätten sich wohl nicht überlegt, daß die Realisierung dieser Sache auf eine Verweltlichung der Kirche ähnlich der bei der Einführung des monarchischen Episkopats in der Alten Kirche hinauslaufen müßte.

Ein anderes meiner Argumente lautete so: Wirkliche «Führung» (wenn darunter etwas von «Regierung» Verschiedenes verstanden sein soll) ist in der Politik wie in der Kirche nie die Sache eines Prinzips, und nie zuerst die einer Institution, sondern wo «geführt» wird, da ist das Ereignis und Tatsache. «Wenn der Mann da ist, der faktisch führt, dann ist er eben Führer.» Hier fiel dann (S. 17) das Wort: «Auch ich denke jetzt an Adolf Hitler», mit der mit Bedacht in Kleindruck hinzugefügten Erläuterung: «Wäre ich Nationalsozialist, so würde ich...» – darauf hinweisen, daß man dort nicht ein Führeramt proklamierte, sondern einen faktischen Führer hatte, dem man daraufhin auch das ihm entsprechende Amt zuerkannte. Ob es denn in der Kirche einen solchen faktischen Führer gebe? Im Anschluß daran – nun nicht mehr hypothetisch, sondern thetisch redend – exemplifizierte ich auf Luther und Calvin: Wirkliche «Führung» als Ereignis und Tatsache hat es auch in der Kirche schon gegeben, könnte es auch wieder geben, aber dann nicht kraft eines Amtes und ohne besonderes Führungsamt. Ein «Führerprinzip» aber sei hier erst recht «barer Unsinn».

Von diesen beiden Argumenten sagte ich damals, sie seien nicht das Entscheidende, was ich gegen die Bischofsbegeisterung von 1933 einzuwenden habe. Wen es noch interessiert, der mag (S. 18 f) nachlesen, was ich als «entscheidend» dagegen geltend machen wollte. Es waren aber jene beiden Argumente, bei deren Erklärung ich zweimal auf Hitler zu sprechen gekommen bin. Und nun hält man mir also bis zum Ueberdruß vor, ich hätte damit Hitler eine gewisse Reverenz erwiesen, und es sei klar, daß ich mich damit mindestens damals – verdächtig, es noch heute zu sein! – als eine Art von Semi-Nationalsozialist verraten habe.

Muß ich einem gewissenhaften und verständigen Leser noch eine besondere Exegese geben? Sei es denn: Es ist doch deutlich, daß mich der fatale Mann an jenen beiden Stellen gerade nur als das Phänomen interessierte, das 1933 die törichte Bischofsbewegung und den in jeder Hinsicht so wichtigen Bischofsstreit entzündet hatte. In diesem Sinn mußte er mich wohl interessieren, weil ich es nun einmal mit meinen guten Deutschen von 1933 zu tun hatte, die nun einmal, sogar wenn sie Christen und Kirchenleute waren, wie gebannt auf diesen Hitler starrten. Nicht

mir, aber ihnen hatte er als «Führer» so Eindruck gemacht, daß sie nun auch in der Kirche – ich hielt ihnen S. 21 vor: wie die Baalspaffen mit ihrem «Baal, erhöre uns!» – nach einem «Führeramt» riefen. Und ihnen wollte ich zeigen, daß diese Sache schon von ihrem Nationalsozialismus und also von dem Ereignis «Hitler», geschweige denn von einer Anschauung wirklicher kirchlicher Führung her «barer Unsinn» sei.

So «dachte» ich damals «an Adolf Hitler». Jetzt aber – im Blick auf die Art, wie meine Worte von damals immer wieder verwendet werden – denke ich nicht an Adolf Hitler, sondern an Joseph Goebbels, den Vater der Propagandalügen. Und es handelt sich in diesem Fall nicht um «östliche» Propagandalügen!

Basel.

KARL BARTH

*

Das Auffällige an der obigen Selbstrechtfertigung von Professor Barth ist, daß sie am Anfang gegen uns den immerhin noch anständigen Vorwurf eines «technischen Irrtums in der Lektüre und Interpretation» dessen, was er damals geschrieben hatte, erhebt, am Schluß aber zu dem etwas weniger anständigen Vorwurf der «Propagandalüge» übergeht. Entweder ist das eine oder das andere richtig. Vielleicht auch weder das eine noch das andere. Auf alle Fälle kann man nicht gleichzeitig dieselbe Aussage als Irrtum und als Lüge bezeichnen.

Zur Sache brauche ich nicht viel zu sagen. Die Leser werden in der Lage sein, aus dem Textzusammenhang, den Barth vorstehend wiedergegeben hat, sich selber ein Urteil zu bilden, ob unsere Interpretation unmöglich und böswillig war. Wenn Barth heute versichert, daß Hitler für ihn selbst nie eine «eindrucksvolle Gestalt» gewesen sei, daß er ihn nie als einen «Führer, der sich als solcher erwiesen hat», angesehen habe, fühle ich mich nicht berechtigt, an diesen seinen innersten Gedanken Zweifel zu hegen. Aber ich bin berechtigt, mich an das zu halten, was er geschrieben hat, und nicht an das, was er leider 1933, und noch einige Zeit nachher, für sich behielt. In seiner hier in Frage stehenden geschriebenen Äußerung fehlt leider eine auch nur in vorsichtiger Form vorgebrachte Andeutung, daß jenes Beeindrucktsein durch die «eindrucksvolle Gestalt» Hitlers nur auf seiten der Deutschen und beileibe nicht auch auf seiten Barths selbst vorlag. «Man hatte vor sich die eindrucksvolle Gestalt...», dieses «man» schließt jedermann ein, den, der es geschrieben hatte zuallererst. Man konnte vielleicht zwischen den Zeilen jener ganzen Schrift «Theologische Existenz heute» eine stumme Nichtanerkennung herauslesen. Aber gerade durch jene schwerwiegende Wendung wurde eine solche Vermutung völlig aufgehoben, so daß sicher sogar ein mißtrauischer Nationalsozialist sich darob zufriedengeben konnte. Ich möchte wetten, daß es keinen einzigen deutschen Leser damals gab, der sich nach der Lektüre dieser Stelle nicht sagte: also auch Professor Barth, ein Schweizer, einer der durchaus kein Nationalsozialist ist, sondern sogar der Linken nahesteht, und als Theologe einen großen Namen hat, also auch der findet immerhin, daß Hitler eine «eindrucksvolle Gestalt» und Führerpersönlichkeit sei. Es besteht gar kein Zweifel daran, daß Barth durch diese Sätze der Person Hitlers in weiten Krei-

sen einen nicht geringen Prestigegewinn verschafft hat - und daß diese fraglichen Wendungen für die allermeisten deutschen Leser das Wichtigste an jener ganzen Schrift waren, weit einflußreicher für das deutsche Denken als alle anderen, sich um das Kirchliche drehenden, wenn auch in diesem Punkte noch so klaren und richtigen Ausführungen.

Wenn Barth diese fatale Wirkung auf seine deutschen Leser nicht gewollt hat, was ich persönlich schon glauben kann, dann liegt eben doch ein literarisch-stilistischer Fehltritt seinerseits vor, und die Verantwortung für die irrtümliche Interpretation fällt voll und ganz ihm selber zu.

Daß ihm das Wort «eindrucksvolle Gestalt» beim Blick auf Hitler in die Feder fließen konnte, daß ihm die Tinte dabei nicht stockte, ist und bleibt ein Rätsel, wenn man bedenkt, daß der, den er da vor sich sah, in seinem Gehaben und Wesen doch unverkennbar so etwas Aehnliches war wie Honoré Daumiers berühmter Ratapoil.

Wir vergessen keinen Augenblick, daß es damals in Deutschland nicht nur eine verflucht heikle Sache war, reden und schreiben zu müssen, sondern daß auch die Gefahr groß war, aus lauter gutmütigem Einfühlungsvermögen, ein bißchen zu sehr «den Griechen ein Grieche», und den guten Deutschen ein guter Deutscher zu sein, und ihrer Mentalität so weit als immer möglich zuerst einmal entgegenzukommen, um sie nachher desto besser von allem Falschen abzubringen. Wir lassen darum jeden möglichen mildern Umstand für nicht abgewogene Äußerungen gelten.

Es wäre uns darum offen gestanden auch gar nie eingefallen, uns dieser Sache zu erinnern, wenn nicht die ehrfurchtvollen Wendungen, die Karl Barth jetzt gegenüber den fatalsten Führergestalten von heute am Platze findet, uns daran erinnern hätten, und wenn Barth nicht etwas gar zu laut die Tapferkeit und Weitsicht derer gerühmt hätte, die «vor zehn Jahren» die totalitäre Gefahr bekämpft hatten, während er andererseits in der geringschätzigsten Weise über die geistige Opposition gegen eine nicht sehr harmlose und heute aktuelle Form von Diktatur redet.

Aber wir haben einstweilen darüber das unsere gesagt und verweisen auf Nr. 18 des «Aufbau» vom 6. Mai dieses Jahres. Wir haben keinen Anlaß, unsern «Erguß» zu wiederholen noch etwas davon zurückzunehmen. Wir sollten im Kampf um die Wahrheit nicht zu viel Zeit und Kraft für solche Nebengefechte verlieren müssen. Hinter dem Eisernen Vorhang warten Millionen von Menschen, die keine Stimme mehr haben, darauf, daß über das, was sie zu erdulden haben, irgendwo noch die Wahrheit gesagt wird. Weil wir etwas von dieser Erwartung zu spüren glauben, können wir es nicht ertragen, daß den Unterdrückten dieser Millionen Komplimente gemacht werden, auch dann nicht, wenn sie ihre Greuel im Dienst eines edlen Zweckes zu tun vorgeben.

PAUL TRAUTVETTER

DER AUFBAU

wird getragen vom Verein der «Freunde des Aufbaus».
Wir würden uns freuen über Zuwachs. Anmeldungen und Anfragen bitten wir zu richten an die Administration Postfach 130, Zürich 36.

Zum Strafurteil gegen Duttweiler

Das Wochenblatt «Der Genossenschaftler», obligatorisches Organ des Verbandes ostschweizerischer landwirtschaftlicher Genossenschaften (VOLG), Winterthur, schreibt u. a.:

«... Der Gerichtshof erwartet, daß er (Duttweiler) den Wahrspruch der Geschworenen respektiere und die Konsequenzen ziehe. Hoffnungen in diesem Sinne hegten schon viele Leute vergeblich in bezug auf Duttweiler. Wir haben daher etwas Mühe, uns der Erwartung des Gerichtshofes anzuschließen. Wie weiland Adolf Hitler und Mussolini, braucht Duttweiler periodisch eine Propaganda-Sensation; ob es sich hiebei um einen Schauprozeß, einen Steinwurf im Bundeshaus oder um irgendein anderes Feuerwerk handelt, spielt grundsätzlich gar keine Rolle. Schon während des Winterthurer Prozesses war ihm und seinen Zeugen vergönnt, die Grundlage für weitere Prozesse zu legen. Auch der Gerichtshof ist an dieser erbaulichen Voraussicht ursächlich nicht ganz unbeteiligt. Und was die zehn Tage Gefängnis mit bedingtem Straferlaß anbelangt, dürfte wohl mancher Soldat in Erinnerung an die Aktivdienstzeit gedacht haben, daß es damals bei wesentlich kürzerem Prozeß oft weniger brauchte, um 10 Tage unbedingt einzukassieren! Wie dem auch sei, wird es interessant sein, Duttweiler in den nächsten Jahren in der Büsserkutte durch die eidgenössischen Gefilde wandeln zu sehen!»

Hier wird Duttweiler, der Unterlegene im Prozeß, zwar wohl mit Hitler und Mussolini verglichen, was nicht gerade schmeichelhaft klingt; irgendwelche Andeutungen aber, daß sein Kampf gegen die Macht internationaler Trusts für die Schweiz immerhin von Gutem sei, fehlen vollständig. So oder ähnlich lauten die Urteile weiter Kreise über den Gerichtsentscheid. Doch sind sie bei näherem Zusehen einseitig.

Viele Leute können uns haarscharf auseinandersetzen, wie Duttweiler den Kampf gegen die Trusts hätte führen sollen. Die gleichen Leute aber rühren selbst in dieser Angelegenheit keinen Finger. Wohl wissend, daß es nicht gut Kirschenessen ist mit großen Herren, sagen wir: mit Herren des internationalen Fett-Trusts beispielsweise. Folglich überlassen sie diesen heiklen und äußerst undankbaren Kampf Herrn Duttweiler, und sie begnügen sich mit der bequemeren Rolle des Zuschauers, der alles genau weiß, wie es hätte gemacht werden müssen. Das ist gute Schweizerart, vorzugsweise in der Beurteilung der laufenden Weltpolitik.

Aber die Wahrheit kommt dabei zu kurz. Wenn wir z. B. im vorliegenden Zitat von Duttweilers sensationellen Schauprozessen lesen, so müssen wir uns doch fragen: Brachten denn seine Prozesse gegen die mächtigen Weltfirmen Nestlé und Geigy nicht sehr notwendige Klärungen eines Sachverhalts? Wäre es besser gewesen, man hätte diese Uebelstände verschwiegen? Und ist ein Prozeß, der die Fett-Trust-Praktiken, von denen der Mann aus dem Volke keine Ahnung hatte, an die Öffentlichkeit bringt, damit abzutun, daß man diesen Prozeß lediglich als Ausfluß des Duttweilerschen Bedürfnisses nach Sensation deklariert?